**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

**Band:** 57 (1963)

Heft: 3

Artikel: Über christliches Mitleid

Autor: [s.n.]

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-140765

## Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF: 21.11.2025** 

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

aber nicht von einem Menschen erwarten, daß er durch aktive Teilnahme oder passives Einverständnis des millionenfachen Mordes an harmlosen Männern, Frauen und Kindern schuldig werde, sei es im Namen bestimmter Machtinteressen, eines besonderen Glaubens oder einer Ideologie, denen seine menschliche Gruppe verpflichtet ist, man kann nicht verlangen, daß ein Mensch im Namen seiner Loyalität dieser Gruppe gegenüber die Grundlage menschlicher Existenz auf Erden zerstöre. Der Mensch schuldet höchste und ausschließliche Treue der Menschheit und nicht einem ihrer Teile.

Was soll das Ziel unserer Rebellion sein? Es sollen in allen Teilen der Erde Menschen regieren, die ihre Macht über den ihnen anvertrauten Teil der Menschheit nicht — oder nicht nur — als Aufgabe betrachten, die materiellen und geistigen Interessen dieser ihrer menschlichen Gruppe zu fördern und zu verteidigen, sondern vor allem für das Überleben und Gedeihen dieser ihnen von der Menschheit anvertrauten Gruppe zu sorgen und für ihren Fortschritt mit allen Mittale die ihnen als Pasierende zur Verführen ertellen.

teln, die ihnen als Regierende zur Verfügung stehen.

Menschen, die sich vor allem anderen diesem gemeinsamen Ziel verpflichtet fühlen, sollten in allen Teilen der Welt aufstehen; die Wissenschafter unter ihnen sollten in dieser Bewegung für das Überleben und die Wiedergeburt der Menschheit die Führung übernehmen.»

Red.

# Über christliches Mitleid

Es ist ein erhebendes Erlebnis, wenn man in außereuropäischen kirchlichen Gemeinschaften wieder einmal einen Vertreter der Kirche aussprechen hört, was die soziale Botschaft der Kirche ausmacht, die Aufforderung nämlich an die Dulder und die Leidenden, sich mit ihrem Schicksal nicht abzufinden, sondern sich mit der Unterstützung ihrer Kirche für gerechtere Bedingungen zu wehren.

Unser Freund, Pfarrer der Unitarierkirche in Melbourne,

Mr. Victor James,

der regelmäßig am Radio spricht, faßt seine Aufgabe in diese Worte: «Statt ein Abfinden mit seinem Los möchte ich Unzufriedenheit predigen, und fordern, daß untersucht wird, warum die Leute leiden, damit in der Folge die Mißstände behoben werden. Ich verachte Leute, die den Duldern sagen, sie sollen mutig Verhältnisse ertragen, die überhaupt nicht geduldet werden sollten. Warum sollte man jenem alten Mann zumuten, den Winter geduldig durchzufrieren, wenn wir wohl wissen, daß, bei gutem Willen von Christen und anderen, niemand zu frieren brauchte. Warum den Bewohnern der Elendsquartiere Geduld predigen, während doch Milliarden für zweck-

lose Rüstungen verschwendet werden?»... Man hat schon gesagt, daß die christliche Lehre das Los des Leidenden im besten Fall etwas erleichtert habe. Wenn das stimmt, wenn unser (christliches) Mitleid sich nur dahin auswirkte und unser Wissen um die Ursachen uns nicht veranlaßte, schlimme soziale Verhältnisse zu bessern — dann wird unser Mitleid zum schlimmsten Feind statt zum besten Freund der Menschen».

Unser Land erhebt den Anspruch, sozial sehr fortschrittlich zu sein. Wenn man allerdings die Sozialleistungen anderer europäischer Länder mit den schweizerischen vergleicht, so ist bald ersichtlich, daß die Schweiz ungefähr im letzten Viertel der Kolonne marschiert und daß man bei uns durch Krankheit in der Familie in eine schwere Notlage geraten kann. Ebenso ist unsere Bodenpolitik mit ihren katastrophalen Folgen für den sozialen Wohnungsbau ausgesprochen gegen das Wohl des arbeitenden Volkes gerichtet, und begünstigt einzig die Spekulation. Bemerkenswert ist nun, daß ein Land wie Schweden, das die meisten sozialen Übelstände unter denen wir noch leiden, beseitigt hat, wohl nirgends so heruntergemacht und verhöhnt wird, wie von unserer bürgerlichen Presse. Unsere rechtsstehenden Blätter können sich nicht genug tun in ihren Angriffen auf den «Wohlfahrtsstaat», hüten sich dabei aber im einzelnen anzugeben, was Schweden, was genauer gesagt, die sozialistische Mehrheit, die dort seit 30 Jahren

regiert, für die arbeitende Bevölkerung leistet.

Die Konferenz des Bundes religiöser Sozialisten, die letztes Jahr in der Heimat Selma Lagerlöfs, in Süddalarna, stattfand, vermittelt uns einen gedrängten Überblick über die sozialen Leistungen Schwedens, von einem Mann der politischen Praxis, Arne Moeller, dargeboten. Er berichtete: «Die schwedische Partei erstrebt soziale Gerechtigkeit auf dem Boden der heutigen wirtschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten. Schon Hjalmar Branting handelte pragmatisch, nicht doktrinär marxistisch, nicht revolutionär, sondern praktisch reformistisch. Die Gewerkschaften sind mit der Partei verbunden. Zu der Kirche besteht keine Spannung. In Sachen der Landesverteidigung steht die Partei ganz positiv! Die Partei hat nun 30 Jahre die Regierungsmacht. Sie hat um die Hebung des allgemeinen Wohlstandes gekämpft und die soziale Fürsorge geschaffen. Die Sozialversicherung ist für alle, die in Schweden arbeiten, obligatorisch, die Hälfte der Beiträge zahlt der Versicherte, ein Viertel der Arbeitgeber und ein Viertel der Staat. Es besteht eine ständige Gesundheitskontrolle und der Mütterschutz. 99 Prozent der Kinder werden im Entbindungsheim geboren. Für die Alten wird so gesorgt, daß die ganze Welt dieses System in Schweden studiert. Motto: Der alte Mensch soll möglichst bis zum Tod aktiv bleiben. Darum alle Erleichterungen im eigenen Heim. Altersheime erst für die 80jährigen, wenn sie wollen. Auch dann kleine Heime zur individuellen Aufrechterhaltung. Pflege nur, wenn man sie will.

Die Krankenversicherung garantiert allen Schweden und allen, die

in Schweden wohnen, die Erstattung des größeren Teils der Ausgaben für Krankenbehandlung. Die Behandlung im Krankenhaus ist völlig kostenlos. Die Arbeitnehmer erhalten zusätzlich als Ersatz für den während der Krankheit verlorenen Arbeitslohn zwei Drittel des Arbeitseinkommens.

Seit 1948 hat die sozialistische Regierung nach langen Kämpfen die Volkspension eingeführt, die jeder Schwede mit 67 Jahren oder bei vorzeitiger Arbeitsunfähigkeit erhält. Diese Volkspension läuft neben allen anderen Einkünften. Sie folgt automatisch der Preissteigerung, so daß sie schneller als die Löhne gestiegen ist. Zu den Volkspensionen gibt es auch noch kommunale Zuschläge. Auch die Reichsten sind Leistungsempfänger. Die Volkspension soll durch eine Zusatzpension so ausgebaut werden, daß sie zwei Drittel des eigenen Durchschnittseinkommens in den Jahren mit dem höchsten Einkommen entspricht.

Im Wohnungswesen wird praktisch für jeden Wohnungsbau ein staatliches Baudarlehen bewilligt. Die Kommunen sind gesetzlich verpflichtet, den Wohnungsbau so zu planen, daß er für ihre Bevölkerung ausreicht. Die Kommunen müssen an der Verwaltung der Staatsdarlehen und an den Beiträgen teilnehmen. Die Wohngebiete sind ein soziologischer Querschnitt der Bevölkerung. Wohngebiete für Arbeiter oder Gruppen mit geringeren Einkommen werden nicht gebaut. Keine Bedürftigkeitsprüfung in der Sozialpolitik. Auch die Ausbildung und das Studium werden allgemein demokratisiert. Jedem soll die Auf-

stiegschance offen stehen.

In Schweden wird für die Vollbeschäftigung gesorgt. Jeder soll arbeiten, auch der alte Mensch in angemessener Tätigkeit und freiwillig.

Der schwedische Wohlfahrtsstaat weiß, daß alles Gerede gegen den Wohlfahrtsstaat einfach schlechter Wille ist. Weder Staat noch Wirtschaft gehen dabei zu Grunde und die Menschen ersticken nicht im Genuß, sondern bleiben arbeitswillig. Sie wissen, daß die Wohlfahrt von der vollen produktiven Arbeit abhängt.

Die schwedische Wirtschaft beweist seit Jahrzehnten, daß sie unter einer sozialistischen Regierung mit ihrem Wohlfahrtsstreben im

internationalen Konkurrenzkampf erfolgreich bestehen kann.»

Soweit die Ausführungen des schwedischen Sozialdemokraten. Der geneigte Leser wird sich nun selbst die Frage beantworten, warum unsere reaktionären Kreise diesen Wohlfahrtsstaat zur Zielscheibe ihres besonderen Hasses gemacht haben. Ein Grund unter anderen dürfte sein, daß man ihn nicht des Kommunismus bezichtigen kann, ist doch die regierende Partei scharf antikommunistisch eingestellt. Eine andere Frage muß ebenfalls gestellt werden. Wie kommt es, daß, angesichts aller unberechtigten und verleumderischen Angriffe unserer Rechtskreise auf diesen Wohlfahrtsstaat, die Kirchen, besonders die unseres Landes und ihre Vertreter, noch nie ein Wort zu seiner Verteidigung gefunden haben? Gewiß, wir schweizerischen Religiös-

sozialen lehnen die illusionäre Wehrpolitik der schwedischen Sozialdemokraten wie auch ihren sturen Antikommunismus entschieden ab, doch die soziale Sicherheit, die sie für die arbeitende Bevölkerung Schwedens erkämpft haben, ist nun wirklich keine Illusion und müßte unseren «Volksvertretern» in Parlament und Kirche als Vorbild dienen.

# Genfer Proklamation von Mitgliedern der Internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung

Wir unterzeichneten Mitglieder der Internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung, zurzeit in Genf, um am UN-Kongreß für die Anwendung von Wissenschaft und Technik zum Wohl der weniger entwickelten Länder teilzunehmen, erklären was folgt:

Angesichts der Tatsache, daß trotz außerordentlichen Fortschritten in Wissenschaft und Technik im Laufe der letzten Jahrzehnte etwa zwei Drittel der menschlichen Rasse immer noch Hunger oder Unterernährung, vermeidbare Mangelkrankheiten, Unwissenheit und Not erleiden;

in Anbetracht der Notwendigkeit einer gewaltigen und im Geiste der Zusammenarbeit geleisteten Anstrengung zur Überwindung dieser Mißstände — was gleichbedeutend ist mit einer noch nie gekannten Mobilisation moderner Wissenschaft und Technik für die Entwicklung der zurückgebliebenen Länder;

einsehend, daß die Erreichung dieser Ziele durch verstärkte internationale Zusammenarbeit und Erhöhung der gegenwärtigen Unterstützungsraten gefördert würde;

wohl wissend, daß die für diesen Zweck verfügbaren Geldmittel stark begrenzt werden durch weltweiten Einsatz für unproduktive Aufrüstung;

überzeugt, daß Abrüstung und wirtschaftliche und soziale Entwicklung die lebenswichtigsten Aufgaben darstellen, die die Menschheit in den kommenden Jahren zu lösen hat;

inspiriert von der einstimmig angenommenen Resolution der 17. Generalversammlung der UNO vom Dezember 1962, die jene durch Abrüstung freigelegten Mittel für friedliche Zwecke einsetzen will;

wünschen wir in unserer Eigenschaft als Mitglieder der Internationalen Wissenschaftlichen Gemeinschaft:

1. unsere Überzeugung auszudrücken, daß alle Völker ihr Äußerstes tun sollen, um das Ziel allgemeiner und vollständiger Abrüstung zu fördern, und